

# Mutig zur Wissenschaft stehen

Nicht die Wissenschaft entscheidet über den Lockdown, sondern die Politik.

Lutz Schröter und Ulrich Bleyer

Seit vielen Monaten kämpfen die Menschen gegen die COVID-19 Pandemie. Millionen haben ihr Leben oder nachhaltig ihre Gesundheit verloren. Da ist es ein Glücksfall, dass die Wissenschaft einen Rettungsring in die Flut der Infektionen werfen kann – Impfstoff. Beharrliche, systematische Grundlagenforschung hat es ermöglicht, in bisher nie erreichter Schnelligkeit ein Mittel zum vorbeugenden Schutz vor der Krankheit zu liefern.

Es hat sich aber auch die weise Einsicht Galileo Galileis bestätigt, dass Mathematik die Sprache der Natur ist. Das Virus folgt in seiner Ausbreitung erstaunlich gut den Kurven der immer besser werdenden Modelle. Das gibt uns das Werkzeug in die Hand, durch Veränderung vieler Parameter zu erreichen, dass diese Kurven einen günstigeren Verlauf nehmen, und Optionen abzuleiten für Maßnahmen, um eben diese Bedingungen zu schaffen.

Nun gibt es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich bemühen, diese Erkenntnisse der Öffentlichkeit zu vermitteln. Diese Situation bedeutet einen Spagat: Einerseits sind die wissenschaftlichen Ergebnisse keine ewigen Wahrheiten, sind immer wieder anzuzweifeln und zu verbessern. Andererseits ist Expertenrat notwendig, um Handlungsoptionen zu bewerten – auf dem aktuellen Stand der Erkenntnis.

Jedoch wird der Erfahrungsaustausch der Forschenden untereinander über die besten Beschreibungen der Pandemie und der daraus abzuleitenden Handlungsempfehlungen nicht nur intensiv und kontrovers geführt, sondern zu oft mit der öffentlichen Darstellung der Ergebnisse vermischt.

Schnell entsteht das große Missverständnis, dass die Wissenschaftler für den Umgang mit den Ergebnissen verantwortlich sind. Sie verantworten die wissenschaftlichen Ergebnisse und können absehbare Konsequenzen aufzeigen. Die Entscheidungen zu Maßnahmen trifft jedoch die Politik, die viele gesellschaftliche Faktoren einbeziehen muss. Dass sich die Politik bei unpopulären Entscheidungen gerne hinter den wissenschaftlichen Fakten versteckt, ist leider eine der Erfahrungen der Pandemie.

Was aktuell den Experten entgegenschlägt, ist in dieser massiven Form ein wachsendes Problem unserer Gesellschaft. Ein eklatanter Fall war die Diffamierung unserer Kollegin Viola Priesemann und der Kollegen Dirk Brockmann und Michael Meyer-Hermann als „Lockdownmacher“ in der BILD-Zeitung. Diese Anfeindungen sind der traurige Höhepunkt einer Reihe medialer Entgleisungen, wie sie auch Klimaforscherinnen und -forscher



**Dr. Lutz Schröter** (links) ist DPG-Präsident und **Dr. Ulrich Bleyer** ist DPG-Vorstand für Öffentlichkeitsarbeit.

**„Forschende müssen unbeirrt ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse vertreten.“**

ertragen müssen. Unter dem Titel „Nicht predigen sollt ihr, sondern forschen“ war bereits im Sommer 2020 in der ZEIT zu lesen: „Eine der tragischsten Taten, die eine Demokratie begehen kann, ist Selbstunterwerfung unter die rigiden Handlungsvorschriften einer klerikal auftretenden Naturwissenschaft aus Angst vor dem Unterworfenen unter die Macht der Natur.“

Das Problem ist weniger die Diffamierung von Naturwissenschaft, sondern die vollständige Unkenntnis ihrer Arbeitsweise. Naturgesetze kann man nicht als ewige Wahrheiten predigen, sie sind entweder experimentell bestätigt oder nicht. Die Wirkung von Fliehkraft, Schwerkraft oder Magnetismus unterliegt keiner demokratischen

Mehrheitsentscheidung. Mit Viren oder Treibhausgasen kann man nicht verhandeln. Die Naturwissenschaft produziert Hypothesen, die experimentell zu verifizieren sind. Es ist auch keine Glaubensfrage, wie sich ein Virus verbreitet – es verbreitet

sich, unabhängig davon, ob man daran glaubt oder nicht.

Daher dürfen sich Forschende nicht von ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen abbringen lassen, sie müssen sie unbeirrt vertreten. Sie müssen den Gegenwind aushalten und mit dem Unwissen über naturwissenschaftliche Erkenntnisprozesse leben. Umso wichtiger ist die Solidarität der Wissenschaftsgemeinschaft mit den Kolleginnen und Kollegen, die sich in die Öffentlichkeit wagen und standhaft ihre Resultate vertreten. Ein schönes Beispiel war der Aufruf der großen Wissenschaftsorganisationen zu „Mehr Sachlichkeit in Krisensituationen“, dem sich die DPG uneingeschränkt angeschlossen hat.

Das soll gerade den Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern Mut machen, ihre Forschungsergebnisse in die Gesellschaft zu tragen und immer wieder zu zeigen, dass Naturwissenschaft und Technik nicht nur unverzichtbare Grundlagen unseres derzeitigen Wohlstands sind, sondern auch entscheidende Beiträge liefern können, um die großen Menschheitsprobleme zu lösen.